

GASTKOMMENTAR *Jürg Kappeler über die Bewältigung des Klimawandels*

Ist Klimapolitik nach Rom und Glasgow gescheitert?

Vor knapp zwei Wochen endete der G20-Gipfel der Regierungschefs der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer von Rom. Bezüglich der Begrenzung der Erderwärmung war das Ergebnis enttäuschend. Auch ist unklar, ob bei der aktuellen UN-Klimakonferenz in Glasgow mehr als nur Lippenbekenntnisse abgegeben, wirklich griffige Massnahmen zum Klimaschutz in Angriff genommen und mit einem konkreten Datum versehen werden. Die Präsidenten Chinas und Russlands sind gar nicht erst in Glasgow erschienen. Ist die Klimapolitik gescheitert? Sollen wir deswegen den Kopf in den Sand stecken? Nein, Resignation ist keine Option! Und auch Wut bietet keine Zukunftsperspektiven!

Da zeigen sich die politischen Verantwortlichen des Kantons Graubünden bereits etwas zukunftsorientierter. Anlässlich der Oktobersession hat der Grosse Rat die Botschaft zum Green Deal beraten. Dabei befürwortete er die Schaffung eines Bündner Klimafonds und genehmigte fast 70 Millionen Franken zur raschen Umsetzung einer ersten Etappe von Klimaschutzmassnahmen. Ausserdem wurde der Regierungsrat beauftragt, die Grundlagen für die Realisierung eines ehrgeizigen Massnahmenpakets im Umfang von über einer Milliarde Franken zu schaffen.

Vielen mag dies wenig ehrgeizig scheinen, aber es ist ein weiterer Schritt. Und abseits von der politischen Bühne werden auf verschiedensten Ebenen äusserst innovative Projekte vorbereitet. Die Steigerung der Stromproduktion aus

Fotovoltaikanlagen, die Erhöhung der Winterstromproduktion, die Versorgung mit Wärme aus erneuerbaren Quellen, die Reduktion des CO₂-Ausstosses etc. gehören heute zum Tagesgeschäft von vielen kommunalen Behörden und Energieversorgern. Fernab von Rom und Glasgow wird intensiv am Wandel gearbeitet.

Sicherlich, auch dank der Proteste der Klimajugend und der faktenbasierten medialen Berichterstattung hat in vielen Köpfen von Politikern ein Gesinnungswandel stattgefunden, auch wenn sich diesbezüglich noch einige Parteien eher vorsichtig oder wieder zurückhaltend zeigen. Vor zehn Jahren kämpfte eine Mehrheit der Bündner Regierung, allerdings erfolglos gegen die Bündner Stimmbevölkerung, noch voller Überzeugung für eine Beteiligung von Repower am Kohlekraftwerk in Saline Joniche (Italien). Heute ist eine solche Haltung einer Regierung unvorstellbar

und würde vermutlich zur sofortigen Abwahl führen. Was für ein Gesinnungswandel!

Doch es reicht nicht, wenn wir nur von den anderen erwarten, dass sie endlich etwas tun. Es liegt



«Wir können und müssen alle unseren Beitrag leisten.»

an uns allen, eine zukunftsgerichtete Klimapolitik zu ermöglichen und zu deren Umsetzung beizutragen. Denn die Produzenten von nachhaltig produzierter Wärme brauchen genauso Abnehmer wie unsere Landwirtschaftsbetriebe Konsumenten, welche es mit Stolz erfüllt, nachhaltig produzierte Lebensmittel auf dem Tisch zu haben. Wir können und müssen alle unseren Beitrag leisten.

Im Hinblick auf den Klimawandel kann jeder von uns direkt, seit Kurzem sogar gratis, Einfluss nehmen. Im Mai 2022 finden die nächsten kantonalen Wahlen statt. Da diese Wahlen zum ersten Mal nach dem Proporzwahlrecht stattfinden, geht keine ökologisch orientierte Stimme mehr verloren. Es liegt an den Bündnerinnen und Bündnern zu zeigen, wie viel Klimaschutz sie tatsächlich wollen.

Ich bin überzeugt, dass wir die Herausforderungen des Klimawandels meistern werden. Allerdings dürfen wir in unseren Bestrebungen nicht nachlassen! Und wir müssen wohl auch unsere Wahrnehmung auf unser klimarelevantes Verhalten zum Teil noch etwas schärfen – genau so, wie sich auch die Gesinnung der Bündner Regierung im Falle des Kohlekraftwerks Saline Joniche verändert hat, übrigens völlig schmerzfrei.

Wir haben die einmalige Chance, dem Klimawandel verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert Einhalt zu gebieten. Und im Gegensatz zu totalitären Staaten können wir diesen Wandel so vollziehen, wie es sich für demokratische Staaten geziemt – durch Mitbestimmung nämlich. Zusammen schaffen wir das. Und mit zusammen sind wir alle gemeint, Privatpersonen, Unternehmungen, Behörden etc. All die innovativen Geister, welche bereits jetzt aktiv an Massnahmen und deren Umsetzung arbeiten, verdienen unsere Unterstützung, und sie brauchen auch eine breit abgestützte Rückenbedeckung.

JÜRGEN KAPPELER ist Grossrat der Grünliberalen und Verwaltungsratspräsident der Gevag (Gemeindeverband für Abfallentsorgung in Graubünden). Er wohnt in Chur.



Gesinnungswandel dank vieler Proteste: hier der schweizweite Aktionstag vom 21. Mai 2021 «Streik für die Zukunft» in Chur. (FOTO OLIVIA AEBLI-ITEM)

BLATTSCHUSS



Die Schweizer Buchhändler klagen seit Jahr und Tag, es würden kaum noch Bücher gekauft und gelesen. Wenn man jetzt aber die wahre Flut von neuen Büchern sieht, die sich gegenwärtig über Graubünden ergiesst, so kommt man zum Schluss: Je weniger Bücher gelesen werden, desto mehr werden Bücher geschrieben.

*

Die Fehlkündigung des Jahres machte eine «Tagesschau»-Sprecherin zur Kohäsionsmilliarde. Richtig erklärte sie in ihrer Einleitung, Kohäsion bedeute «zusammenhalten, zusammenfügen». Um den Zusammenhalt zwischen der Schweiz und der EU zu fördern, habe deshalb das Schweizer Parlament jetzt die berühmte Kohäsionsmilliarde gesprochen. Irrtum: Es geht dabei um den inneren Zusammenhalt, die Kohäsion, innerhalb der EU!

*

Auf den grossflächigen Inseraten der bundesrätlichen Kampagne für das Impfen mit vielen tatsächlichen oder vermeintlichen Schweizer Promis ist auch der St. Galler Mitte-Nationalrat und Bauernpräsident Markus Ritter abgebildet. Hoffentlich hat der Bauern-General aus dem Rheintal auch dabei seine Bauern-Kollegen im Griff, denn von dorthor kommt ja auch ein schöner Teil des Widerstands gegen die Covid-Impfung.

*

Die Welt kritisiert zunehmend das endlose Palavern an der Konferenz von Glasgow. Die besten Kommentare dazu lieferten zwei Antipoden: Die berühmte Greta Thunberg rief dazu in alle Fernsehkameras: «Bla, bla, bla.» Und Joe Biden döste an seinem Platz selig fort und fort.

LESERBRIEFE

Den physikalischen Gesetzen Rechnung tragen

Zum Gastkommentar «Netto-Null-2050 ist machbar und finanzierbar» von Anita Mazzetta im BT vom 8. November.

Frau Mazzetta weiss offenbar, wie der Klimawandel mit dem Bündner Aktionsplan Green Deal zu steuern und zu finanzieren ist. Sie weiss auch, dass es dazu bei uns gesetzliche Grundlagen braucht, die der Grosse Rat beschliessen kann. Sie plädiert für den Umbau des Energiesystems, ohne dabei den physikalischen Grundgesetzen, die für Strom und Wärme gelten, Rechnung zu tragen. Mit den «abzuschaffenden Elektroheizungen» meint Frau Mazzetta wohl kaum moderne Wärmepumpen, obwohl deren Energieanteil zu mindestens 30 Prozent aus Elektrizität besteht. Die Nutzung von Abwärme ist – abgesehen vom schlechten Wirkungsgrad – nur bedingt und nicht überall sinnvoll.

► CLAUDIO PALMY, IGIS

Es geht entschieden zu weit

Bundesrat Alain Berset versprach im Frühling: «Wenn alle Impfwilligen geimpft sind, braucht es keine Massnahmen mehr.» Die Realität heute? Die Impfwilligen sind geimpft. Nun werden die Impfunwilligen genötigt, sich impfen zu lassen. Wer kein Covid-Zertifikat hat, verliert den Job, das Studium, darf kein Restaurant besuchen und wird ausgegrenzt. Diese staatliche Propaganda gegen eigene Bürger ist unschweizerisch und hat mit Demokratie und Rechtsgleichheit nichts mehr zu tun. Zurzeit findet sogar eine nationale Impfwoche statt, die den Steuerzahler über 100 Millionen Franken kostet. Wozu? Dieser subversive Zwang geht zu weit. Wir sind mit diesen unverhältnismässigen Zwangsmassnahmen und der Steuergeldverschwendung nicht einverstanden und protestieren.

► KONI RÜEGG, EBNAT-KAPPEL (ST. GALLEN)

GASTKOMMENTAR *Jürg Domenig über den Bündner Aktionsplan Green Deal*

Leuchttürme braucht es

Der Bündner Grosse Rat hat in der Oktobersession dem Aktionsplan Green Deal mit grosser Mehrheit zugestimmt. Hotelleriesuisse Graubünden (HSGR) unterstützt dieses Generationenprojekt, und der Tourismus ist motiviert, ein Leuchtturm für Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu werden.

Energieeffizienz und nachhaltiger Umgang mit fossilen Brennstoffen ist in der Hotellerie schon seit 15 Jahren ein Thema. Man wusste im Ansatz, dass die CO₂-Abgabe massiv teurer wird und dass es Programme für die Befreiung gibt. Vor acht Jahren hat Hotelleriesuisse Graubünden das Projekt «Leuchtturm – energieeffiziente Hotels Graubünden» lanciert. Innerhalb eines Jahres konnten 98 Hotels für das Projekt gewonnen werden mit der Verpflichtung, sich bis Ende 2020 einem Coaching der Energieagentur der Wirtschaft (EnAW) zu unterziehen und mit dem Bundesamt für Umwelt eine Zielvereinbarung

abzuschliessen. Diese Leuchtturm-Hotels erzielen fast zwei Drittel der Übernachtungen in Graubünden. Beim Projektstart wurde versucht, den Nutzen bis Ende 2020 zu berechnen. Die Modellrechnung ergab eine Einsparung von insgesamt 6,8 Millionen Liter Öl, 26 Gigawattstunden (GWh) Strom und 18 100 Tonnen CO₂. Diese Zahlen haben das Bundesamt für Energie überzeugt. Im Januar 2015 erhielt HSGR den begehrten «Energie-Oscar» Watt d'Or und zwei Monate vorher den höchsten Tourismuspreis «Milestone».

Nach diesen Vorschuss-Lorbeeren ist für die Hotels und die EnAW-Coaches die harte Knochenarbeit mit der Umsetzung des Energie-Managements der EnAW gekommen. In den letzten sieben Jahren wurden mit Erfolg vorwiegend Massnahmen im Bereich Haustechnik umgesetzt. Dann stellte sich die Kardinalfrage: Können die versprochenen Einsparungen erreicht werden? Trotz Abgängen von Hotels konnten die optimistischen Erwartungen weit übertroffen werden. 89 Hotels sparten bis Ende 2020 acht Millio-

nen Liter Heizöl und Gas ein. Der CO₂-Ausstoss wurde um insgesamt 21 000 Tonnen reduziert. Die beteiligten 89 Hotels haben bis zum offiziellen Projektende 2020 zudem über 25 Millionen Franken eingespart, was sich aus der zurückgestellten CO₂-Abgabe, der eingesparten Energie, den Förderbeiträgen und aus dem Verkauf von über-



«Hoffentlich lernt die Politik aus solchen Beispielen.»

schüssigen CO₂-Zertifikaten ergibt. Diese Einsparungen konnten in neue Effizienzprojekte reinvestiert werden.

Der Erfolg dieses Projekts zeigt, dass die Bündner Hotellerie lange vor den aktuellen Klimadiskussionen den Tatbeweis für einen nachhaltigen Umgang mit fossilen Brennstoffen erbracht hat. Die haben nicht die Hände in den Schoss gelegt und auf den Green Deal gewartet. Was sind die Schlussfolge-

rungen für den Green Deal? Dass das Zielvereinbarungs-System der richtige Weg ist. Hoffentlich lernt die Politik aus solchen Beispielen. Freiwillige Programme, die Anreize zum Energiesparen schaffen und den Unternehmern Support geben, sind motivierend. Eine Finanzierung über neue Abgaben oder Steuererhöhungen wird abgelehnt.

Lenkungsabgaben wie die CO₂-Abgabe sind ausserdem zielgerichtet und zweckgebunden einzusetzen, und nicht für Umverteilungsaktionen zu verwenden. Unser Projekt war für eine Dauer von acht Jahren vorgesehen. Deshalb widmete man sich schweremühtig Optimierungsmöglichkeiten im Bereich Haustechnik. Aufgrund der langen Projektdauer des Green Deal bis ins Jahr 2050 liegt es auf der Hand, dass Investitionen mit langer Payback-Zeit wie Gebäudehüllen und Dächer nach dem Leuchtturm-Modell gefördert werden. So wird der Green Deal auch für die Wirtschaft zu einem Deal.

JÜRGEN DOMENIG ist Geschäftsführer von Hotelleriesuisse Graubünden.